aufbewahrt werden, nicht auf den blanken Fußboden, sondern auf einem engen Lattengestell zu lagern. Vor allem ist zu berücksichtigen, daß durch unnötiges Umherwerfen die Kartoffeln nicht verletzt werden, weil an verletzten Stellen in der Regel die Fäulniserreger sich festsetzen und von hier aus bald auch die gesunden Knollen angreifen. Daraus ergibt sich die Wichtigkeit der Arbeit, die dem Einkellern vorangehen muß: „Das Verlesen der Kartoffeln". Alle Knollen, die Faulstellen aufweisen, und solche, die durch Erdraupen, Drahtwürmer usw. beschädigt oder sonstwie verletzt sind, müssen nach Möglichkeit ausgelesen und zuerst verbraucht werden, denn sie bergen vor allem die Keimherde der fäulniserregenden Pilze und Bakterien.

—* Ueber die Einrichtung der Schlafwagen 3. Klasse hat der Verband reisender Kaufleute Deutschlands auf seine Anfrage beim Reichsverkehrsministerium erfahren, daß bei der versuchsweisen Einführung dieser Schlafwagen lediglich von der Ueberlegung ausgegangen worden ist, dem Reisenden einen Platz zu sichern, auf dem er die Nacht in gestreckter Lage verbringen kann, ohne daß er sich dabei seiner Kleider entledigt. Die Sitzbänke werden daher nur mit losen Polstern belegt; besondere Decken und Kissen werden nicht gestellt. Die Hergabe von Bettwäsche oder das Mitbringen von Wäsche durch die Reisenden ist, wie das Reichsverkehrsministerium bemerkt, unter diesen Voraussetzungen nicht erforderlich.

* Gröba. Oeffentliche Sitzung des Gemeinderates findet am Montag, den 14. November, nachm. 7 Uhr im Sitzungssaal in der Zentralschule statt. Die Beratungsgegenstände sind im Aushang des Gemeindeamtes zu ersehen.

Rossen. Donnerstag vormittag brach in dem Junghanß'schen Dampfsägewerk im Zellwald plötzlich Feuer aus, das so rasend schnell um sich griff, daß in kurzer Zeit das ganze, große Werk in hellen Flammen stand. Der Maschinen- und Kesselraum konnten teilweise erhalten werden. Der angerichtete Schaden an Gebäuden, Maschinen und Rohstoffen ist ganz enorm.

* Zwickau. Gelegentlich der Feier des 9. November haben sich in Zwickau vor und in dem Rathaus bedauerliche Ausschreitungen abgespielt. Der Demonstrantenzug entsandte eine Abordnung zu Oberbürgermeister Holz und verlangte von ihm, das Rathaus beflaggen zu lassen. Dieser lehnte es mit dem Hinweis auf einen gegenteiligen Ratsschluß ab. Die Demonstranten gaben sich aber nicht damit zufrieden und drohten, den Bürgermeister zu zwingen, mit der roten Fahne dem Demonstrantenzug voranmarschieren zu müssen. Bei dem Hin und Her und dem Eindringen der Volksmenge in das Rathaus wurde ein Polizeibeamter verletzt. Um den Tumult zu beschwichtigen, gab der Oberbürgermeister den Auftrag an das Bauamt, die dort befindlichen Fahnen herauszugeben. Die Menge holte die Fahnen und hißte sie auf dem Rathaus, hißte aber auch eine rote Fahne dazu. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung, die sehr stürmisch verlief, wurde mit 17 zu 15 Stimmen ein Antrag angenommen, der die Empörung über diese Vorgänge, wie dem Bürgermeister das Bedauern über die ihm zuteil gewordene Behandlung durch die Tumultanten ausspricht. Der Führer der Ausschreitungen war der Stadtverordnete und Landtagsabgeordnete Graupe.

* Oberlungwitz. Erfroren aufgefunden wurde hier der 63jährige Privatmann Hermann Otto, der bei der Jagd anscheinend ausgerutscht ist, auf den Hinterkopf aufschlug und so, besinnungslos, ein Opfer der Kälte wurde.

Schwarzenberg. Die hiesigen Stadtverordneten genehmigten die von der Kreishauptmannschaft angeordnete Abänderung des Ortsgesetzes für die Gewerbesteuer, nach der dazu auch die Konsumvereine heranzuziehen sind.

Altenberg. Ueberraschend schnell hat sich auf dem Kamme des östlichen Erzgebirges der Winter eingestellt. Wald und Felder zeigen sich schon vollständig im Schneegewand und immerzu fallen die Flocken. Die glitzernden Kristalle des Rauhreifes hängen sich dem Wanderer in Kleider und Gesicht und auf der Höhe nach Zinnwald sind über Nacht Telegraphenstangen und Drähte mit dickem Gespinst umwunden worden. Es herrscht herrliches Winterwetter. Auf den Straßen und an allen Abhängen sieht man Rodelschlitten, namentlich die steile Straße nach Geising ist von Schlitten und Skiläufern belebt.

Werdau. In große Besorgnis gekommen ist eine hier wohnhafte Ehefrau, da ihre 10 Jahre alte Tochter von dem Schulbesuch nicht nach Hause zurückgekommen ist. Wie festgestellt wurde, ist das Mädchen von einer unbekannten Frau, die sich als ihre Verwandte ausgegeben hat, aus der Schule abgeholt worden. Diese dürfte das Mädchen dem auswärts wohnhaften Vater, dessen Ehe kürzlich geschieden worden ist, zugeführt haben. Die Recherchen nach dem Wohnsitz des Vaters, der sich in der Gegend von Dessau aufhalten soll, hat die Polizei aufgenommen.

Plauen. Zu den sächsischen Lehrerseminaren, die umgestaltet werden sollen, gehört auch das hiesige, das im Jahre 1910 das Jubiläum seines 100jährigen Bestehens feiern konnte, also wohl eine der ältesten sächsischen Lehrerbildungsanstalten ist. Der Lehrerverein Plauen, der sich, einer Aufforderung des Kultus- und Unterrichtsministeriums folgend, mit der Frage der Umwandlung eingehend beschäftigte, hat sich aus pädagogischen und sozialen Gründen für die Umwandlung des Plauener Seminars in eine Aufbauschule, die sich auf das 7. Volksschuljahr aufbaut und in sechs Stufen zur Hochschule führt, entschieden.

* * *

* Hoyerswerda. Eine Personenzuglokomotive im Werte von 160 000 Mark ist seit einigen Tagen spurlos verschwunden. Die Maschine ist zur Reparatur der Hauptwerkstatt übergeben worden und stand auf einem sog. toten Gleis. Nach der vermißten Lokomotive wird eifrigst geforscht.

Rumburg i. B. Ermordet aufgefunden wurde am Donnerstag früh gegen 3 Uhr im hiesigen Bahnhofsgebäude der 58 Jahre alte Nachtwächter Franz Eutrich. Die polizeilichen Erhebungen haben ergeben, daß er erstochen worden ist. Um die genannte Stunde bemerkten die beiden Nachtwächter Bergmann und Eutrich, daß an das Fenster des Bahnhofsgebäudes geklopft wurde. Eutrich öffnete die Tür und bemerkte draußen den Invaliden Julius Weber, der Einlaß begehrte und übernachten wollte. Eutrich ließ ihn jedoch nicht ein. Es entstand ein Streit zwischen beiden, in dessen Verlauf Weber den Eutrich niederstach. Der Mörder, dem die linke Hand fehlt, ist flüchtig und konnte bisher nicht ergriffen werden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Kommunistische Entstellungen. Der Zentralbetriebsrat der Deutschen Werke A.-G. in Spandau richtete an den Reichstag folgendes Telegramm: Mit Befremden haben der Zentralbetriebsrat und die Vorsitzenden der Betriebsräte der Deutschen Werke von den Ausführungen des Abg. Malzahn Kenntnis genommen. Der Zentralbetriebsrat und die Vorsitzenden der Betriebsräte stellen einstimmig (mit Einschluß der Kommunisten) fest, daß die Ausführungen des Abg. Malzahn über die Umstellung der Deutschen Werke in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. In den Werken werden weder Kriegswaffen noch Kriegsmunition angefertigt. Der Zentralbetriebsrat und die Vorsitzenden der Betriebsräte protestieren entschieden gegen die entstellende und arbeiterschädigende Darstellung. (Es handelt sich hierbei um die Ausführungen Malzahns in der Reichstagssitzung am Donnerstag.)

Die Holzhäuser für Frankreich nicht zollpflichtig. Die Pressemeldung, daß die nach Paris gelieferten Holzhäuser dem französischen Einfuhrzoll unterliegen, entspricht nicht den Tatsachen. Es ist im Gegenteil ausdrücklich vereinbart worden, daß von diesen Häusern kein Zoll zu entrichten ist. Diese Vereinbarung ist offenbar den französischen Zollbehörden nicht rechtzeitig mitgeteilt worden, sodaß anfänglich tatsächlich Zollschwierigkeiten an der französischen Grenze beim Transport der Häuser entstanden. Diese Schwierigkeiten sind indes seit längerer Zeit durch Verhandlungen mit der französischen Regierung und entsprechende Anweisung der Zollbehörden behoben worden. Das Zugeständnis eines Eingangszolls ist durch Deutschland in keinem Falle erfolgt.

Die Feier des Bußtages in Thüringen. Der Landeskirchenrat der Thüringer evangelischen Kirche hat erklärt, daß das Notgesetz vom 8. November über die Aufhebung des Bußtages als gesetzlichen Feiertag die thüringische Kirche nicht hindern könne, den Bußtag mit den Nachbarkirchen zu feiern und die Pfarrer anzuweisen, Bußtagsgottesdienste wie bisher anzusetzen. Der Erlaß erinnert daran, daß nach Artikel 135 und 139 Absatz 2 der Reichsverfassung den schulpflichtigen Kindern und Besuchern von Lehranstalten die Teilnahme an kirchlichen Feiern durch eine Erklärung der Erziehungsberechtigten ermöglicht werden kann, und empfiehlt, am Bußtag auch besondere Kindergottesdienste abzuhalten.

Der Oberpräsident von Hannover gegen den Ausverkauf. Gegen den Valutaausverkauf hat der Oberpräsident der Provinz Hannover eine Verordnung erlassen, nach der der Kleinhandelsverkauf von Gegenständen des täglichen Bedarfs an Ausländer und die Vermittlung solcher Verkäufe durch Banken verboten wird, soweit es sich nicht um die Deckung eines augenblicklichen dringenden persönlichen Bedarfes handelt. Verstöße gegen diese Bestimmung werden mit der höchst zulässigen Geldstrafe geahndet.

Die Bekämpfung der Preistreiberei. Der preußische Justizminister hat unterm 10. d. M. an sämtliche Generalstaatsanwälte und Oberstaatsanwälte eine Verfügung ergehen lassen, in der auf einen Runderlaß des preußischen Staatskommissars für Volksernährung vom gleichen Tage Bezug genommen wird. Der Justizminister ordnet an, daß, soweit nach diesem Runderlasse ein Einschreiten der Staatsanwaltschaft wegen Preistreiberei in Frage kommt, zu einem energischen und schnellen Vorgehen im Interesse des wirtschaftlichen Friedens und zur rücksichtslosen Unterdrückung spekulativer Auswüchse geschritten werden soll.

Der Ausverkauf in Mittel- und Südbaden hat nicht nur auf alle größeren Städte, wie Freiburg, Lörrach usw. übergegriffen, sondern auch in die kleinen Schwarzwalddörfer dringen die Ausländer, um möglichst viel aufzukaufen. Die Preise steigen infolgedessen sprunghaft zum größten Unwillen der einheimischen Bevölkerung. In Mannheim hat die Zentrumsfraktion des Bürgerausschusses beantragt, für den Aufenthalt von Ausländern eine Steuer einzuführen, die in der Währung ihres Heimatstaates zu entrichten ist.

Verweigerte Einreisegenehmigung. Die interalliierte Kommission in Oppeln hat die Einreisegenehmigung des stellvertretenden deutschen Bevollmächtigten für die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien, Staatssekretär Dr. Lewald und Unterstaatssekretär Dr. Göppert, die sich gestern abend zu Vorbesprechungen mit Vertretern der oberschlesischen Bevölkerung nach Oberschlesien begeben wollten, verweigert.

Streik in der thüringischen Schieferindustrie. Wie der „Lokalanzeiger" aus Halle berichtet, ist die gesamte Arbeiterschaft der thüringischen Schieferindustrie wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten. Die meisten Schieferbrüche liegen still.

Deutschnationales Mißtrauensvotum gegen die neue preußische Regierung. Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei im preußischen Landtage hat folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag versagt dem Staatsministerium, das in seiner Zusammensetzung den nationalen Interessen des Landes nicht entspricht und den staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Preußens gefährdet, das zur Amtsführung erforderliche Vertrauen.

Wilder Streik in den Charlottenburger Gaswerken. In den Charlottenburger Gaswerken sind gestern morgen die Arbeiter in den Ausstand getreten, weil ihnen die im Ultimatum der städtischen Arbeiter geforderte Beihilfe von 1000 Mark nicht bis vorgestern bewilligt worden war. Auch die Belegschaften der Gaswerke von Schmargendorf und Lichtenberg sind in den Ausstand getreten. Die Arbeiter der übrigen Berliner Gaswerke beschlossen, den Betrieb vorläufig aufrecht zu erhalten. Heute soll jedoch erneut in Versammlungen zur Streikfrage Stellung genommen werden, wenn bis dahin die geforderte Beihilfe nicht bewilligt ist.

Hohe Fischpreise. Aus Hamburg wird gemeldet: Kohlenknappheit, die viele Fischdampfer zum Aufliegen zwingt, die Folgen der verschiedenen Streiks, immer wiederholte schwere Stürme auf See, daneben auch starker Ankauf von Ausländern aus wirken zusammen dahin, daß die Seefische gegenwärtig ungeheuer knapp und dementsprechend teuer sind. In dieser Hinsicht dürfte der Fischmarkt in Altona am Donnerstag indessen sämtliche bisherigen Rekords geschlagen haben. Schellfisch kam bis auf 27 Mark das Pfund, Seehecht auf 19,50 Mark, Schollen auf 25 Mark, Seezungen sogar bis auf 47 Mark! Die meisten kleineren Fischhändler, die erschienen waren, bekamen überhaupt keine Ware.

Weiterer Rückgang der Mark. Nachdem schon im Abendverkehr am Donnerstag eine neue Abschwächung der Mark zu verzeichnen war, setzte sich am Freitag die Bewegung — im Einklang mit der Abschwächung des Markkurses in Newyork — weiter fort. Die Kurse unterlagen allerdings großen Schwankungen. Der Dollar wurde zeitweise mit 300 Mark bewertet, späterhin mit 286. Es macht sich nur Nachfrage geltend, der wenig Angebot gegenübersteht. Die amtliche Notierung setzte den Dollar auf 287 Mark fest.

Republik Oesterreich.

Die Besetzung Westungarns. Die interalliierte Generalkommission in Oedenburg hat durch eine an den Bundeskanzler gerichtete, vom Präsidenten der Kommission unterzeichnete Note gestern die österreichische Regierung aufgefordert, unverzüglich die Besetzung der durch die Verträge von St. Germain und Trianon Oesterreich zugesprochenen westungarischen Gebiete mit Ausnahme der im Venediger Protokoll bezeichneten Abstimmungsterritorien vorzunehmen. Die österreichische Regierung trifft nunmehr die nötigen Maßnahmen, damit in den nächsten Tagen der Einmarsch des Bundesheeres und der Gendarmerie erfolgen kann.

Polen.

Der Vertrag mit der Tschechoslowakei ein Werk Frankreichs. Wie die „Wiener Mittagszeitung" meldet, verlaute in Wiener diplomatischen Kreisen, daß das Uebereinkommen zwischen der Tschechoslowakei und Polen ein Werk Frankreichs sei. Die polnische Regierung solle einen Kredit von 500 Millionen Franken nur unter der Bedingung erhalten haben, daß ein Vertrag mit der Tschechoslowakei abgeschlossen werde, dessen Spitze sich gegen Deutschland richte.

Rußland.

10 Millionen Menschen vom Hungertod bedroht. Der Volkskommissar Winokurow schreibt, daß es der Regierung unmöglich sei, ohne auswärtige Hilfe die Hungersnot in Rußland zu bekämpfen. Wenn Europa nicht eingreife, müßten wenigstens 10 Millionen Menschen wegen Mangels an Nahrungsmitteln sterben. — Aus Moskau wird gemeldet, daß die von Polen verbreitete Nachricht über Aufstände in der Ukraine nicht den Tatsachen entspricht.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 12. November 1921.

Die Verhandlungen über die Kredithilfe.

X Berlin. Das Reichskabinett hat der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" zufolge in der Angelegenheit der Kredithilfe noch keinen Entschluß gefaßt.

X Berlin. Zu den gestrigen Besprechungen des Reichskanzlers mit den Führern der Reichstagsfraktionen der Sozialdemokratie und des Zentrums teilen die Blätter mit, daß das Zentrum für eine Fortsetzung der Verhandlungen mit dem Reichsverband der deutschen Industrie sei, während die Sozialdemokratie die Bedingungen der Industrie für unannehmbar erklärte. Nach Informationen des „Lokalanzeigers" dürfte es die Deutsche Volkspartei ablehnen, mit der ganzen Angelegenheit als Partei in irgend einer Form in Verbindung gebracht zu werden.

Zur Einreiseverweigerung für Dr. Lewald.

X Berlin. Zu der Verweigerung der Einreise nach Oberschlesien für den deutschen stellvertretenden Bevollmächtigten für Oberschlesien Staatssekretär Dr. Lewald und den preußischen Vertreter Unterstaatssekretär Dr. Göppert erfährt das „Berliner Tageblatt", daß die englische Botschaft in Berlin gestern dem Auswärtigen Amte eine Mitteilung der Interalliierten Kommission in Oppeln zugestellt habe, in der es heißt, daß im Interesse der Ordnung in dem von den Alliierten besetzten Oberschlesien den polnischen und deutschen Kommissionsmitgliedern eine Aufenthaltsbewilligung nicht erteilt werden könne. Wie das Blatt hört, werden die beiden deutschen Delegierten infolge dieses Verbotes an diejenigen Persönlichkeiten, mit denen sie sich in Oberschlesien zu besprechen wünschten, die Bitte richten, nach Breslau zu kommen. Die „Deutsche Allgem. Zeitung" schreibt: Wenn diese Männer, die sich natürlich nur für ihre Verhandlungstätigkeit an Ort und Stelle von der Lage der Dinge ein Bild machen wollten, durch die Interalliierte Kommission an der Einreise verhindert werden, so ist das eine Maßnahme, die uns schon jetzt erkennen läßt, was wir bei den deutsch-polnischen Verhandlungen zu erwarten haben. (Siehe auch unter „Deutsches Reich".)

Ein Cholerafall in Bochum.

X Berlin. In Bochum ist eine Frau unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt. Es wurden alle Vorkehrungen getroffen, um ein Umsichgreifen der Seuche zu verhindern.

Die Anwesenheit Graf Lerchenfelds in Berlin.

X Berlin. Die „Dtsch. Allg. Ztg." tritt den von verschiedenen Zeitungen gemachten unbegründeten Behauptungen anläßlich der Reise des Grafen Lerchenfeld nach Berlin entgegen und erklärt, daß die Reise des bayerischen Ministerpräsidenten eine Aussprache über die allgemeine Lage mit den zuständigen Stellen des Reiches bezweckt habe. Dabei dürften die Ernährungsfragen, speziell die Maßnahmen gegen den Lebensmittelwucher, eine große Rolle spielen. Irgendwelche Justizfragen werden in den Besprechungen zwischen Lerchenfeld und dem Reichskanzler nicht berührt. Graf Lerchenfeld wird voraussichtlich heute über Darmstadt nach München zurückkehren.

Einigung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

X Halle a. d. Saale. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Braunkohlenbergbau sind gestern unter beiderseitigem Entgegenkommen zum Abschluß gebracht worden.

Oesterreich und das Burgenland.

X Wien. Heute ist die erste Nummer der Mitteilungen des Oedenburger Heimatbundes freier Burgenländer erschienen. In ihr erscheint eine Unterredung mit dem Bundeskanzler Schober, der u. a. erklärt: Ganz Oesterreich ist der bestimmten, nicht unbegründeten Hoffnung, daß das Burgenland in sehr kurzer Zeit dem österreichischen Staat einverleibt wird. Die Regierung und das Volk Oesterreichs werden alles tun, damit von den Burgenländern die schmerzlichen Tage qualvoller Ungewißheit baldmöglichst vergessen werden. Der Bundeskanzler erklärte schließlich, daß der freie Bundesstaat Oesterreich im Burgenlande keine neue Provinz, sondern ein allen anderen Ländern gleichberechtigtes selbständiges Bundesland sehe, das als gleiches unter gleichen seine Angelegenheiten wahrnehmen werde.

Auszeichnung Gerhart Hauptmanns.

X Wien. Die Neue Freie Presse meldet: Der Senat der Wiener Universität hat Gerhart Hauptmann das Ehrenzeichen der Wiener Universität verliehen.

* Wien. Das „Berliner Tageblatt" veröffentlicht die Rede, die Gerhart Hauptmann am Freitag auf Einladung des Rektors in der Universität Wien gehalten hat. Es heißt darin unter anderem: Im Bekenntnis zu Goethe liegt zugleich das Gelöbnis zum Deutschtum. Entweder man ist deutsch oder man ist es nicht. Aber jemand, der